

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 2

Artikel: Das Problem Italiens
Autor: Lessing, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155739>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Artikel 2 der Bundesverfassung eher zu mehren und stärken bereit sein, als wenn sie das Empfinden haben, von einer ihnen fremden Macht, einer „sechszwanzigsten Staatsgewalt“, dazu verlockt, überlistet oder gezwungen worden zu sein oder zu werden.

Durch dieses souveraine Bewußtsein der Interessensolidarität der Kantonsvölker wird das Ganze entschieden erspriesslicher gedeihen als im Antagonismus einer selbstherrlichen, usurpierten Bundesgewalt zu den historisch fundierten Kantonsstaatsgewalten.

Mag der „Bund“ politisch wieder das werden, als was er gedacht war: der Treuhänder der gemeinsamen Interessen aller zweiundzwanzig Kantonsvölker, jener Eine im Dienste Aller.

Das Problem Italiens.

Von Kurt Lessing.

Mussolini hatte mit seinem militärischen Orden den Staat vor dem Zerfall, vor der kommunistischen Revolution gerettet, indem er ihn eroberte. Wie sollte sich das Verhältnis des Ordens zum Staat gestalten? Zwei volle Lösungen dieser Frage gab es. Nachdem er seine Aufgabe erfüllt, löst sich der Orden auf. Er geht im Staate auf. Diesem bleiben die starken Impulse, die jungen, tatkräftigen und für Italien begeisterten Männer, aber diese sind nicht mehr Faschisten, sondern nichts als Staatsbürger. Die andere Lösung. Der Orden bleibt bestehen, hält die erworbene Macht fest in der Hand und wird selbst Staat. Alles, was nicht zum Orden gehört, gehört nicht zum Demos (mit hinkendem Vergleiche: wie einst in Sparta).

In der Geschichte sind solch völlige Lösungen selten. Es ist in Italien noch nicht zu einer Lösung gekommen, das Verhältnis: Staat-Faschistenorden ist noch in der Entwicklung. Betrachten wir die bisherige Entwicklung.

Mit dem Zuge auf Rom war Mussolini Herr des Staates. Er ließ die politischen Einrichtungen Königtum, Parlament (und Heer) bestehen. Er fügte sich ihnen ein, indem er sich vom König zum Ministerpräsidenten ernennen ließ. Hierdurch wurde die Revolution legalisiert und geschlossen. Aber der Orden ging nicht im Staate auf. Mussolini blieb der Duce. Er verfügte gleichzeitig als Haupt der verfassungsmäßigen Verwaltung über die verfassungsmäßigen Machtmittel des Staates und als Haupt des Ordens über dessen außerstaatliche Machtmittel. Zwei große Organismen durch Personalunion in ihren Spitzen verbunden. Aber nur das gemeinsame Haupt, nur Mussolini allein verbürgt den Frieden. Und nur solange, als er Mussolini bleibt: im Vollbesitze der Macht als Ministerpräsident und als Duce. Was wird nach ihm? Ein solcher Mann ist unerseßlich. Das rein persönliche Werk erträgt den Nachfolger nicht.

Wir glauben nun einen Versuch zu sehen, den Orden im Staate aufgehen zu lassen, so, daß nach einiger Zeit — nicht nach Monaten, sondern nach Jahren — nur noch der Staat übrig bleibt, aber durchflutet von faszistischem Blut. Fasziisten werden in die Staatsverwaltung eingesetzt, alle hohen Ämter kommen an sie. Das ist die Beherrschung des Staates durch den Orden! — Scheinbar wohl, und anfangs auch tatsächlich, aber es ist doch auch die Amalgamierung von Staat und Orden, das Resultat soll der mit faszistischem Geiste getränkte Staat sein, aber eben der Staat, er allein, der Dualismus ist verschwunden, die Einheit wieder hergestellt. Nicht mehr zwei Organismen, deren Konflikt nur durch den starken Mann an beider Spitze verhütet werden kann, sondern ein Organismus; und der starke Mann ist nicht mehr notwendig. Die Lebensgefahr für Italien beim Abgang Mussolinis ist beschworen, sein Werk kann dauern.

Dieser Versuch ist gescheitert. Gescheitert an den Tausenden der Einzelnen. In dem einzelnen zum Staatsbeamten gemachten Fasziisten soll die Amalgamierung Staat-Orden vor sich gehen. Sie geht nicht vor sich (wir verallgemeinern bewußt). Diejenigen, die Diener des Staates sein sollten, möchten den Staat zum Diener des Ordens machen. Nicht die Kraft des Faszismus wird in den Dienst des Staates gestellt, sondern das Staatsamt mit seiner Macht in den Dienst der Interessen der regionalen Ordensverbände und oft genug der Einzelnen. Das ist begreiflich genug; eine Beamtenschaft im wahren Sinne läßt sich nicht plötzlich schaffen. Langsam nur entsteht sie, baut sich auf auf moralischer Erziehung und Tradition. Wir sehen es nach jeder Revolution: die neue Ordnung leidet unter einer schlechten Beamtenschaft. Man muß auf politische Gesinnung abstellen und nun drängen sich eine Menge gefinnungsloser Leute hinzu, die die Macht reizt, und die deshalb in „Gefinnungstüchtigkeit“ machen. Was sie reizt, ist die Macht, und sie mißbrauchen sie. Mit der Zeit werden sie ausgemerzt, doch dauert dies Jahre.

Mißbrauch der Staatsgewalt durch die einzelnen Beamten im persönlichen Interesse und in dem des Klüngels, Beugung und Vergewaltigung des Rechts haben einen heftigen Widerstand erzeugt. Die Opposition läuft Sturm nicht nur gegen den einzelnen Fasziisten, der nicht dem Staate, sondern nur sich oder seinesgleichen dient, sondern gegen den Faszismus selbst. Dadurch wird die von Mussolini gewollte Entwicklung aufgehalten. Der begonnene Amalgamierungsprozeß stockt. Angegriffen, zieht sich der Orden auf sich selbst zurück. Er kämpft um Macht und Existenz, und damit gewinnen notwendigerweise die Extremen die Oberhand. Die Extremen, die nicht das Aufgehen des Ordens im Staat, sondern die Herrschaft über den Staat wollen.

Es ist ein tragischer Kampf, den Mussolini geführt hat und noch führt. Er muß kämpfen gegen die Feinde des Faszismus und gegen diejenigen, die sich seine Treuesten nennen.

Einen Versuch zur Amalgamierung von Staat und Orden müssen wir noch nennen. Das Heer des Faszismus, die Miliz, stand außer-

halb des Staates. Mussolini hat es dann auf den König schwören lassen und es so dem Staat einverleibt. Aber der Schritt — und das ist das Typische und vielleicht das Verhängnisvolle — ist nicht ganz gemacht worden. Die eidliche Verpflichtung auf den Duce ist geblieben. So hat die Miliz zwei Herren, und wieder wird der Konflikt, — der hier im höchsten Maße Gewissenskonflikt wird — nur so lange vermieden, als der starke Mann zugleich Staat wie Orden beherrscht.

Und nun ein weiterer Amalgamierungsversuch, vielleicht der wichtigste. In der Kammer sollen sich Volksvertretung und Faschismus verschmelzen. Das Ergebnis: eine von faschistischem Geiste erfüllte Volksvertretung! — Jeder Abgeordnete — wie jeder Senator — schwört dem Könige Treue und der Verfassung und den Gesetzen Gehorsam, er schwört, seine Abgeordnetentätigkeit auszuüben *col solo scopo del bene inseparabile del Re et della Patria*. Die Faschisten in der Kammer aber sind dem Duce zu Gehorsam verpflichtet. Für sie gilt das untrennbar Beste für König und Vaterland nicht mehr voll als einziges Ziel. Ein drittes ist hinzugetreten, richtiger, es war schon vorher da: der Orden und sein Haupt. Und zum dritten Mal das gleiche: der Frieden hängt von der Person des Ministerpräsidenten=Duce ab. — Auch dieser Versuch ist gescheitert.

Die Kammer sollte nicht nur zur Amalgamierung dienen, sie sollte auch von Mussolini das Odium der Diktatur nehmen und Italien zu einem wirklich verfassungsmäßigen Leben hinüberführen, und so Mussolinis Werke Dauer verleihen. Hinüberführen, der Schein sollte allmählich Wirklichkeit werden. Hier hat nun Mussolini einen großen Fehler gemacht, da er das Moralische nicht in Rechnung stellte. Er glaubte, als er sich entschloß, mit einer Kammer zusammenzuarbeiten, sicher gehen zu müssen, und so ließ er sie nach einem Wahlgesetz wählen, das den Faschisten die Mehrheit sicherte. Eine Kammer, in der einer Partei die Mehrheit künstlich (Wahlgesetz) von vornherein gesichert ist, kann nicht mehr als wahre Volksvertretung angesprochen werden und besitzt deshalb das Ansehen einer solchen nicht. Eine Kammer, deren Mehrheit dem Willen der Regierung unterworfen ist, wird zum Faschismusschlagapparat. Mögen die Debatten sein, wie sie wollen, der Abstimmung ist die Regierung sicher. Das ist schlecht verhüllter Absolutismus.

Tatsächlich ist die Regierung Mussolinis unumschränkt. Die heutige Kammer kann sich der Regierung des Duce nicht widersetzen, und der Senat hütet sich, gegen den geschlossenen Willen von Regierung und Kammer anzurennen. Also ist die Regierung sehr stark! — Die Geschichte zeigt uns, daß eine unumschränkte Regierung viel schwächer ist als eine solche, die ein Parlament mit eigenem Willen und vom Vertrauen des Volkes getragen, zur Seite hat. Wir finden es zwar immer noch in volkstümlichen Geschichtsdarstellungen ausgesprochen, im ancien régime sei die Regierung des fürstlichen Absolutismus im Innern außerordentlich stark gewesen, sie konnte tun, was sie wollte. Tatsächlich hat eine Regierung des heutigen Frankreich viel mehr Macht, als sie je ein Ludwig XIV. besessen. Gewiß, der König von Frankreich konnte sich

diese und jene Willkürhandlung leisten, die heute einem Minister wohl den Sessel kosten würde, aber in den eigentlichen Regierungshandlungen, wie zaghaft war da der sogenannte Absolutismus des *ancien régime*!

Es ist hier nicht der Ort, darauf einzugehen, daß damals der Staat noch nicht souverän über das Recht war, daß die obersten Gerichtshöfe (in Paris le Parlement) darauf fußend als Hüter der Grundgesetze Frankreichs nahezu jeder Änderung des Rechts starken und meist erfolgreichen Widerstand entgegenstellten, wir wollen nur darauf hinweisen, in welchem Verhältnis die absolute Regierung zur öffentlichen Meinung stand und steht. Und diese ist, zumal im inneren Leben des Staates, eine Macht ersten Ranges und war es immer.

Eine unumschränkte Regierung steht unmittelbar den Regierten gegenüber. Sie trägt die ungeteilte Verantwortlichkeit für alles, was sie tut und unterläßt. Sie ist an allem schuld, und die öffentliche Meinung wirft sich auf sie und zerzaust sie. Und als Waffe gegen diese hat sie nur Polizei und Gerichte, die schlechteste Waffe. Das *ancien régime* kannte die Preßfreiheit nicht, es gab auch noch kaum Zeitungen im heutigen Sinne des Wortes. Handzettel, Flugschriften, Spottgedichte, Karikaturen und Pamphlete aber gab es, gab es reichlich, und gegenüber ihrer Sprache erscheint das zahn, was sich heute eine Oppositions-*presse* gestattet. Diese öffentliche Meinung fürchteten die absolutistischen Regierungen.

Eine unabhängige Volksvertretung bindet und kontrolliert die Regierung doch nicht allein, sie stärkt sie ganz außerordentlich den Regierten gegenüber. Nie wird eine solche Regierung die öffentliche Meinung geschlossen gegen sich haben, denn sie hat die Parlamentsmehrheit für sich, die einen guten Teil der Verantwortung mitträgt. Gegen sich hat eine solche Regierung nur die Opposition, und gegen diese zu kämpfen im Parlament, in Zeitungen und Versammlungen, kann die Regierung zum guten Teil der Mehrheit überlassen. Der Kampf wird viel mehr zwischen Mehrheit und Opposition, als zwischen Regierung und Opposition ausgefochten. Die Regierung kann der Opposition alle Freiheit der Meinungsäußerung lassen, sie ist stark genug dazu.

Außerordentlich bezeichnend für das heutige Regime in Italien ist die häufige Einziehung der Zeitungen der Opposition, ist die ganze Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung. Die Regierung ist der öffentlichen Meinung gegenüber sehr empfindlich. Das ist ein Zeichen von Schwäche. Die Regierung steht eben allein. Diese willenlose Kammermehrheit teilt weder vor dem Lande mit ihr die Verantwortung, noch dient sie ihr als Schutz gegen die öffentliche Meinung. — Je bedeutungsloser die Kammermehrheit, um so bedeutungsvoller die Minderheit. Würde die Kammermehrheit im Lande Ansehen genießen, die Opposition würde nicht mehr Bedeutung haben, als in irgend einem andern Lande. So aber kämpfen die Männer der Opposition gegen die Vergewaltigung durch die Mehrheit der Ordensvertreter und erscheinen dadurch als die eigentlichen und einzigen Vertreter des Volkes. Ein

gefährlicher Zustand. (Man wird in einigem an die französische Kammer unter Louis Philippe erinnert. Sie vertrat nur einen kleinen Teil des Volkes, den „pays légal“, und arbeitete zu dessen Gunsten. Außerdem war unter Guizot die Kammermehrheit durch die großartige Korruption der Regierung gefügig. Louis Philippe hat der Form nach völlig gesetzmäßig regiert. Trotzdem kam die Revolution und die Kammer konnte die Krone nicht schützen, da ihr das Ansehen im Volke fehlte.)

Mussolini hat erkannt, daß eine so zustande gekommene und zusammengesetzte Kammer seine Regierung nicht stärkt, daß durch sie die Amalgamierung von Staat und Orden nicht gefördert, vielmehr hintangehalten wird. Er hat die Kammermehrheit gezwungen, ein neues Wahlgesetz anzunehmen, das mit der künstlichen Bevorzugung einer Partei bricht. Es sind reine Majorzwahlen in den einzelnen Bezirken vorgesehen. Der Ausgang der Wahlen ist völlig ungewiß. Sind sie frei, so wird die so gewählte Kammer als Volksvertretung angesprochen werden können. Das Vertrauen kann wiedertekhren. Die Regierung wird eine Kammer neben sich haben, auf die sie sich stützen kann.

Die Regierung; die Mussolinis? Wir sind in die geheimen Gedankengänge des Mannes nicht eingeweiht, sind aber sicher, daß er ein großes Ziel immer vor Augen hat: seinem Werk zu Dauer zu verhelfen. Das neue Wahlgesetz wird den Faschisten Verluste bringen, sie werden wahrscheinlich nicht mehr die Mehrheit in der Kammer haben. Gerade das will, glauben wir, Mussolini. Bilden sie die Mehrheit, so hat er wieder die durch Ordensdisziplin gehorsame Kammer, der das Ansehen im Lande fehlt. Gelingt es aber, die faschistische Minderheit in der Kammer durch freiwilligen Anschluß anderer Parteien zum Kerne einer Mehrheit zu machen, so ist außerordentlich viel gewonnen. Er hat dann eine Mehrheit, die auf dem freiwilligen Zusammenarbeiten mit der Regierung beruht, der er nicht befehlen kann. Innerhalb der Mehrheit aber bleibt ihm, um sie zu lenken, immer der zuverlässige Kern der Faschisten. So wird er regieren können, nicht mehr im schlechtverhüllten Absolutismus, sondern wirklich verfassungsmäßig. Im Regierungsblock vollzieht sich die Amalgamierung von Staat und Orden und kann sich von dort aus weiter ausbreiten. Das Land wird sich beruhigen, denn nun ist es nicht allein der Orden, der im Besitze der Kammermehrheit und der Regierung ihm das Gesetz auferlegt. Um die Regierungskoalition nicht zu sprengen, werden die extremen Faschisten ihre Wünsche zurückschrauben müssen. — Die faschistische Mehrheit in der Kammer wurde dieser zum Verderben, eine faschistische Minderheit kann ihr und dem Lande zum Heile gereichen. An die Stelle der Masse und der Gewalt kann der Geist treten. Statt der Beherrschung der Kammer durch den Orden eine auf freiwilliger Zusammenarbeit zustande gekommene Mehrheit, aber diese durchtränkt von faschistischem Geist. Das kann dauern.

Diese Lösung mag Mussolini vorschweben. Ob sie verwirklicht wird, können nur Propheten sagen. Die Hindernisse sind groß und liegen zum guten Teil in den Reihen des Ordens selbst. Die einen, die

aus Eigennutz, die andern, die aus einem Idealismus heraus die Herrschaft des Ordens über den Staat und nicht sein Aufgehen in ihm wollen, stellen sich ihr entgegen. Wird Mussolini über die Meister werden?

Es hat in der letzten Zeit den Anschein, als seien die Extremen über ihn Meister geworden. Da ist einmal die Auflösung des Bundes der Frontkämpfer, dann der Aufruf für den 22. März, den Gründungstag des Ordens, und die an ihm gehaltenen Reden. (Man sollte solche Aufrufe und Reden nie in deutscher Übersetzung lesen. Der Superlativ des Italienischen mit einem Superlativ im Deutschen übersetzt gibt ein falsches Gewicht. Liest man den italienischen Text und denkt sich dabei in die Mitte einer römischen oder gar neapolitanischen Volksmenge, für welche er ja bestimmt ist, so wird man eher zur richtigen Einschätzung gelangen.) Vor allem aber die Ernennung des Führers der Extremen, Farinaccis, zum Generalsekretär der Partei. Nun ist es wohl möglich, daß Mussolini nach altem Rezept den unruhigen Mann in eine verantwortungsvolle Stelle gesetzt hat, wo er die Dinge „von oben zu sehen“ lernt, um ihn von seinem extremen Denken und Wollen abzubringen, es kann aber auch sein, daß die Ernennung Farinaccis die Kapitulation Mussolinis vor den Extremen bedeutet. Schon letzten Herbst ist uns von Italienern berichtet worden, man fürchte, Mussolini werde der extremen Richtung unterliegen, vielleicht infolge einer Art Palastrevolution. Dann würde Farinacci Herr und mit ihm der integrale Faschismus. Und dann? fragten wir. Ein Achselzucken und daraufhin: lange würde das nicht dauern.

Darüber, wie es mit dem Kampfe Mussolinis mit seinen „Getreuesten“ steht, der viel gefährlicher als der mit dem Aventin ist, wissen wir wenig. Wir sehen Farinacci im Orden an zweiter Stelle unmittelbar hinter dem Duce stehen, und diese Tatsache ist bedenklich genug.

Entscheidend scheint uns zu sein, ob Mussolini bald die Kammer durch königliches Dekret auflöst und Neuwahlen nach dem neuen Gesetze vornehmen läßt. Dann fühlt er sich noch stark genug, den neuen — und wohl letzten — Versuch zu machen, das Verhältnis des Ordens zum Staate so zu lösen, daß seinem Werke Dauer beschieden ist. Dieser Versuch muß aber auch gelingen. Es muß eine Mehrheitskoalition zustande kommen, an der die faschistischen Abgeordneten beteiligt sind. Läßt sich eine solche nicht bilden, entsteht eine Mehrheit ohne die Faschisten, so müßte die Regierung zurücktreten. Hier nun ist das unheilvolle Dilemma, das über der nahen Zukunft Italiens schwebt.

Wir sahen, der Konflikt zwischen Orden und Staat wird nur vermieden, solange der starke Mann an der Spitze von beiden steht. Tritt Mussolini als Ministerpräsident zurück, weil sich eine faschistenfeindliche Kammermehrheit gebildet hat, so kassieren Staat und Orden auseinander. Wie soll ein Ministerium regieren mit den Faschisten in der Opposition? In der Kammer ginge es, da entscheidet die Stimmenzahl. Aber im Lande. All die faschistischen Beamten, vor allem die Miliz, werden sich

diese der Regierung fügen? Wie steht es mit der Armee? Mussolini müßte Übermenschliches können, wenn er den Kampf verhinderte. Und wird er es über sich gewinnen, ihn verhindern zu wollen? Würden ihm das die Extremen erlauben? — Die andere Möglichkeit: die Regierung tritt trotz der feindlichen Kammermehrheit nicht zurück. Auflösung und Neuwahlen. Was nützt das! Nun heftigste Spaltung des Volkes in Faschisten und ihre Feinde. Sind die Wahlen frei, so wird das Resultat kaum anders sein, Wahlterror kann wohl eine faschistische Mehrheit schaffen, aber dann ist man wieder so weit, wie heute, nur ist die Erbitterung noch stärker. Das brächte keine Lösung. Die dritte Möglichkeit: keine Neuwahlen, Bruch der Verfassung, diktatorische Regierung. Die materielle Macht dazu ist vorhanden. Dann wäre die Entwicklung vorgeschrieben. Die Extremen erlangen endgültig die Oberhand. Keine Ausöhnung mehr zwischen Staat und Orden. An die Stelle der Gesetze tritt die Gewalt, an die Stelle des Staates der Orden, der Orden herrscht als Staat über das Land. Ein Zustand der Gewalt, der nur wieder der Gewalt weichen wird.

* * *

Der durch Ministerialdekret abgesetzte Vorstand des Frontkämpferbundes hat sich hilfesuchend an den König gewandt. Vielfach hat man in den letzten Monaten in Italien den Ruf nach dem Eingreifen der Krone vernommen. Tatsächlich ist die Krone die einzige politische Institution des italienischen Staates, die noch „faschistenfrei“ ist. Sehr viele Italiener glauben, daß nur die Krone das Land aus der ständigen politischen Krise und aus dem drohenden Konflikt zwischen Staat und Orden retten kann.

Wird die Krone diese Aufgabe auf sich nehmen und wird sie sie erfüllen können? Das ist die große Frage. Einmal schon hat sie versagt. Weil das parlamentarische Königtum Victor Emanuels III. in den Jahren nach dem Kriege seiner Aufgabe nicht gewachsen war, konnte der Faschismus zur Macht kommen. Um das Land, dem die verfassungsmäßigen Gewalten nicht helfen konnten, zu retten, griff Mussolini ein. Er machte seine Revolution gegen die Regierung des Königs. Mussolini hatte die Macht, den König abzusetzen. Er tat es nicht, weil es ihn so richtiger dünkte. Der König nahm diese Gnade an, blieb König neben dem Diktator und übertrug diesem die Macht, die er schon hatte. Sicherlich nicht deshalb hat Victor Emanuel sich entschlossen, mit dem Revolutionär seinen Frieden — der eine Unterwerfung war — zu machen, weil er sich vom Throne nicht trennen konnte. Im Gegenteil, er zwang sich, zu bleiben, weil er der Überzeugung war, daß Italien das Königtum erhalten bleiben muß, weil es noch Aufgaben zu erfüllen hat. Es war ein großes persönliches Opfer, das der König im Oktober 1922 seinem Lande brachte, als er die Krone nicht niederlegte. Und er hat weise gehandelt. So ist dem Lande das Organ geblieben, das allein noch rein staatlich ist und das vielleicht vermag,

ohne Bürgerkrieg das Land wieder zu einem normalen Zustand zurückzuführen.

Aber, uns dünkt, es eilt. Neben dem Diktator geht das Ansehen der Krone zugrunde. Das Königtum verliert seine moralische Existenzberechtigung, wenn es dem Ruf nach Hilfe allzulange nicht folgt. Der Augenblick kann nicht mehr allzufern sein, in dem der König sich entscheiden muß, ob er eingreifen oder durch Untätigkeit die Monarchie vernichten will. Es ist heute noch möglich, daß das Ansehen der Krone, voll eingesetzt, genügend Anhänger im Lande findet, daß sich die Mehrzahl der Italiener, vor die Wahl: Victor Emanuel oder Mussolini gestellt, sich für den König entscheidet. Sicher allerdings ist es nicht und wird von Monat zu Monat unsicherer: weil durch die Latenlosigkeit das Ansehen der Krone schwindet. Setzt sich die Krone für ihre höchste Aufgabe: für die Existenz des Staates ein, so kann sie den Staat retten. Sie kann aber auch unterliegen und vernichtet werden. Versagt sie sich ihrer Aufgabe, so ist sie verloren.

Die politische Krisis, in der sich Italien befindet, ist demnach auch eine Krisis des Königtums, der monarchischen Staatsform. Das wäre heute so weltbewegend nicht. Doch, ob Monarchie oder Republik, scheint uns für Italien von größter Bedeutung.

„La Monarchia ci ha unito, la Repubblica ci dividerebbe“ hat Crispi am 18. November 1864 in der italienischen Kammer als sein politisches Glaubensbekenntnis ausgerufen. Wir glauben allen Ernstes, daß Crispis Wort noch heute gilt. So mancher Italiener hat es uns wiederholt und Republikaner von Haus aus, Schweizer in Italien, haben uns vielfach erklärt und, je länger sie im Lande waren, um so entschiedener: für Italien bin ich Monarchist. Geht die Monarchie zugrunde, so geht auch die Einheit zugrunde. — Einer von ihnen verglich das heutige Königtum mit dem der späteren Merowinger. Es sei ein Scheinkönigtum, der Hausmeier habe alle Macht. Der Vergleich hat manches für sich. Aber: die Hausmeier gründeten eine neue Dynastie, das Königtum ging auf die Pippiniden über, die wir dann als Karolinger ein Ries Reich gründen sehen. Der heutige Hausmeier wird keine Dynastie gründen, dafür sind die Zeiten vorbei. Italien wird Königreich unter dem Hause Savoyen sein, oder es wird kein Königreich sein.

Bedeutet Monarchie für Italien Einheit, Republik aber Zerfall, so heißt das Problem Italiens, vor dem es heute steht, überhaupt: Einheit oder Zerfall. Bei der jetzigen, durch den Faschismus hervorgerufenen Krisis, handelt es sich letzten Endes um die Existenz der europäischen Großmacht Italien.

Wir wissen wohl, daß diese Behauptung sehr gewagt erscheinen wird. Beweisen können wir sie nicht. In der Geschichte und Politik läßt sich in dieser Richtung nie etwas beweisen, denn jedes Ereignis ist einzigartig, und so gibt es keine Analogieschlüsse. Andere erst recht nicht. Aber wir glauben, unsere Behauptung stützen zu können.

Am besten würden wir unsere Behauptung stützen, wenn wir eine Geschichte des italienischen Königtums (nicht: Königreichs) seit seiner

Begründung schreiben würden. So lochend dies wäre, so interessant gerade hier, mehr als bei einem anderen Lande, das Zueinandergreifen von äußerer und innerer Politik ist, diese Zeitschrift ist nicht der Ort dafür. Es möge aber erlaubt sein, in möglichster Kürze die Behauptung zu stützen, die Monarchie sei für die Einheit Italiens wesentlich, woraus sich die Stellung des Auslandes zur Monarchie des Hauses Savoyen ergeben wird und die ganze Entwicklung, an deren — bisherigem — Ende die heutige Krisis steht.

Crispi's oben angeführte Worte erhalten besonderen Wert dadurch, daß er zuerst Republikaner, und zwar extremer, mazzinistischer Richtung war. In seinem Herzen ist er auch immer Republikaner geblieben. Aber aus Überlegung und Erfahrung ist er rein verstandesmäßig Monarchist geworden. Auch sein Freund, Italiens großer Volksheld, Garibaldi, war Republikaner und blieb es im Herzen, und doch hat er Sizilien und Neapel unter dem Rufe: Italia e Vittorio Emanuele! erobert. Die Tricolore mit dem Wappen des Hauses Savoyen im weißen Feld: questa bandiera è la sola che si possa tener alta dall'Italia tutta (ruft Crispi). Ganz allgemein: Die Monarchie hat für die wenigsten Italiener einen Gefühlswert. Nur in Piemont besteht eine durch die Jahrhunderte erwachsene innige Anhänglichkeit an das Haus Savoyen. Sonst ist der italienische Geist eher republikanisch. Begreiflich: die alte republikanische Tradition der Städte, die in Italien alles sind, und die Mißwirtschaft der fremden Dynastien, ihre antinationale Einstellung. Nicht durch das Gefühl, sondern durch seine ragione wird der Italiener Monarchist. Und weshalb durch die ragione? Weil sie ihm sagt: die Monarchie verbürgt die Einheit Italiens.

Genau wie Crispi dachte ein so guter Kenner Italiens, wie Fürst Bülow, der Schwiegersohn der Donna Laura Minghetti und langjähriger deutscher Botschafter in Rom. An vielen Stellen seiner amtlichen Schreiben kann man es finden: wenn die Dynastie fällt, zerfällt Italien. Die gleiche Überzeugung finden wir bei den ständigen Räten am Quai d'Orsay. Die Kenntnis hierüber können wir allerdings nicht aus französischen Akten schöpfen — sie sind noch unzugänglich —, aber die französische Politik zeigt sie uns. Die ganze starke Einwirkung Frankreichs auf die öffentliche Meinung Italiens erfolgt in antimonarchistischem Sinne. Weshalb? Weil die Monarchie die Einheit verbürgt.

Die nahezu gleichzeitige Bildung der beiden Nationalstaaten an seinen Grenzen, Deutschlands und Italiens, war für Frankreich der schwerste Schlag, den es in den letzten Jahrhunderten erlitten hat. Daß Frankreich in Europa an der ersten Stelle stand, beruhte zur Hauptsache auf der politischen Zersplitterung des deutschen und des italienischen Volkes, die die Kräfte im Innern gegenseitig band, die nicht erlaubte, daß die Volkskraft zusammengefaßt und nach außen gewandt wurde, was die Stärke des früh geeinten Frankreich war. Beide oder wenigstens einen der beiden Nationalstaaten zu zerstören, mußte das große Ziel der französischen Politik sein.. Gleich nach 1871 wurde das klar ausge-

prochen, nur so konnte Frankreich wieder seine alte — von ihm als natürlich beanspruchte — Stellung in Europa erlangen. (Und weil dies durch den Krieg bei keinem gelang, fühlt sich heute Frankreich unbefriedigt. Und mit Recht. Nur die Zerstörung wenigstens eines der beiden Nationalstaaten konnte die ungeheuren Opfer des letzten Krieges rechtfertigen; Elsaß-Lothringen ist zu teuer bezahlt.)

Wir müssen der Versuchung widerstehen, darauf einzugehen, wie Cavour die Monarchie Victor Emanuels der Republik Mazzinis entgegenstellte, um die Einigung Italiens gegen den Willen Napoleons III., der drei italienische Königreiche wollte, durchzusetzen. In den siebziger Jahren schien es mehr als einmal, als wolle Frankreich durch einen Krieg die junge Einheit Italiens zerstören. Den mächtigen Impuls dazu gab die gewaltige klerikale Bewegung, die damals durch Frankreich ging und sich gegen das kirchenräuberische Königreich wandte. „Sauvez Rome et la France au nom du Sacré Coeur“ jangen die Prozessionen, die die damalige fieberhafte Stimmung massenhaft erzeugte. Europa wußte, daß die Thronbesteigung des Grafen Chambord (und wie wenig fehlte, daß sie erfolgte) den Kreuzzug gegen Italien bringen werde.

Heinrich V. entfaltete das Lilienbanner nicht, und Frankreich verzichtete darauf, durch einen Krieg die Einheit Italiens zu zerstören. Mit andern Mitteln wurde das Ziel verfolgt. — Beide haben das Ziel verfolgt, la France rouge und la France noire, um mit Paul Seipel zu sprechen. Abwechselnd die eine wie die andere, und oft genug beide gleichzeitig. Die Verbindung der französischen Radikalen mit den italienischen Radikalen, die Verbindung der französischen Klerikalen mit dem Vatikan wurden ausgenutzt und konnten ausgenutzt werden, denn bekämpft wurde vom Vatikan, wie von den italienischen Radikalen das italienische Königtum. Es ist dies das Seitenstück zu der seit Richelieu verfolgten Politik Frankreichs in Deutschland. Dort werden, um die Einheit des Reichs zu sprengen, enge Beziehungen zu einzelnen Fürsten unterhalten: Rheinbundpolitik. Hier wird, um die Einheit zu sprengen, die Monarchie bekämpft. Das eine wie das andere vom französischen Standpunkte aus unbedingt richtig und durch die Verhältnisse gegeben.

In den Grundzügen und manchen Einzelheiten war diese italienische Politik der dritten Republik bekannt. Die großartige Fundgrube für die europäische Geschichte der vierzig Jahre vor dem Weltkrieg, die Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes (Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922 ff.) bringt eine Menge Einzelheiten.

Es ist nicht richtig, wenn man annimmt, Italien habe nur deshalb das Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn gesucht, um sich vor einem Angriff Frankreichs zu sichern. Das Bündnis mit den beiden Monarchien sollte die Monarchie in Italien stärken. Schon in der Präambel des Vertrages kommt dies zum Ausdruck: „Leurs Majestés, . . . animées du désir . . . de fortifier le principe monarchique . . .“ Wir würden hierauf keinen Wert legen, wenn dieser Passus auch im deutsch-öster-

reichischen Bündnis von 1879 enthalten wäre, aber dort fehlt er. Bezeichnender sind Äußerungen italienischer Staatsmänner, die wir in der deutschen Aktenpublikation finden. Wir greifen zwei aus der Zeit der Vorverhandlungen, als es sich nur um einen Neutralitätsvertrag mit Österreich handelte, heraus:

Der italienische Unterstaatssekretär für Äußeres, Baron Blanc, macht im Dezember 1881 dem österreichischen Botschafter in Rom, Graf Wimpfen, gegenüber besonders geltend, „daß der Schritt, Italien an Österreich durch eine Abmachung zu binden, auch in der Absicht gewagt werden sollte, etwas für die Erhaltung und Rettung des sehr bedrohten Königtums zu tun.“ — Bei der ersten amtlichen Besprechung, die der italienische Botschafter in Wien, Graf Robilant, mit dem österreichischen Minister des Äußeren, Graf Kalnoth, am 18. Januar 1882 hatte, weist Robilant darauf hin, „daß die Gefahren, die der italienischen Monarchie von Frankreich aus drohen könnten, nicht zu unterschätzen seien; wie von dort aus Anstrengungen gemacht würden, die republikanische Regierungsform auch auf Italien auszudehnen.“

In Wien und Berlin ist man auf das italienische Bündniswerben vor allem deshalb eingegangen, weil man die Monarchie in Italien stützen wollte. Sehr bezeichnend sind zwei Äußerungen der leitenden Staatsmänner. Der deutsche Botschafter in Wien schreibt am 23. Dezember 1881 über eine Unterredung mit Kalnoth: „Wie er mir schon neulich gesagt, wünsche er das Königtum überall und in erster Linie auch in Italien zu unterstützen.“ „Ich resümiere die Ansichten des Grafen Kalnoth dahin, daß er gern etwas für das Königtum tun möchte, daß er wenig Vertrauen in Verträge mit Italien setze, daß er aber vor allen Dingen seinem Kaiser nichts vorschlagen möchte, ohne die kaiserliche (deutsche) Regierung vorher zu Rat gezogen zu haben.“ Bismarck antwortet darauf am 31. Dezember, obwohl er ganz allgemein Bedenken gegen ein Bündnis mit Italien habe, da man dadurch leicht in Handel verstrickt werden könne, „so würde ich doch dazu raten, das, was der König von Italien zur Kräftigung seiner Stellung wünscht, nicht einfach abzulehnen.“

Es ist nun aber doch nicht so, daß hier der monarchische Gedanke die Außenpolitik leitet, so wie es in der Restaurationszeit der Fall war. Es stehen vielmehr recht realpolitische Erwägungen dahinter: Geht die Monarchie zugrunde, so zerfällt Italien in Republiken und wird von Frankreich beherrscht. Also eine Störung des bestehenden Kräfteverhältnisses. In Wien beunruhigte noch besonders der Gedanke an eine norditalienische Republik wegen ihrer Anziehungskraft auf die italienischen Teile des Habsburgerreiches. Dann kommt, aber merkwürdigerweise nicht in erster Linie, die Überlegung, daß Italien durch ein Bündnis abgehalten würde, sich auf die französische Seite zu schlagen. Aber auch dies gipfelt in der Frage: Monarchie oder Republik. Stürzt das Königtum, so werden die italienischen (Föderativ-) Republiken unter französische Führung kommen.

Was für uns wichtig ist: wie auf französischer, so auch auf deutscher

und österreichischer Seite die Überzeugung, daß nur die Monarchie die Einheit Italiens aufrecht erhält.

Der Dreibund hat mehr als 30 Jahre bestanden, von seiner außenpolitischen Bedeutung aber sehr stark eingebüßt. Etwa von 1900 ab ist er kaum mehr, als was zuerst geplant worden ist: ein Neutralitätsvertrag zwischen Italien und Österreich. Italien war sicher, daß Frankreich nicht mehr an Land von ihm begehrte, als es 1860 erhalten hatte, die römische Frage hatte ihre Schärfe verloren und wegen der afrikanischen Aspirationen Italiens, denen sich Frankreich entgegenstellte, es auf einen Krieg mit Frankreich ankommen zu lassen, hat sich jede deutsche Regierung entschieden geweigert. Andererseits hat man in Berlin nie ernsthaft mit der militärischen Unterstützung durch Italien in einem Krieg mit Frankreich gerechnet, das geht aus den Akten mit voller Klarheit hervor, und als sich England auf die Seite Frankreichs stellte, konnte man nur hoffen, daß Italien im Kriegsfall neutral bleiben werde. (Wir halten es für ausgeschlossen, daß die italienische Neutralitätserklärung im August 1914 in Berlin und Wien wirklich überrascht hat. Im Jahre 1882 war durch eine „Déclaration ministérielle“ auf Betreiben Italiens ausdrücklich festgesetzt worden, daß bei einem Kriege gegen England der Bündnisfall nicht gegeben sei. Wenn auch diese Erklärung nicht erneuert worden ist, gegen ein mit England verbündetes Frankreich konnte Italien 1914 so wenig wie 1882 kämpfen.)

In Italien ist der Dreibund nie populär gewesen. Die Sympathien der meisten Italiener wenden sich dem sprach- und kulturverwandten Frankreich zu. Der Dreibund war Verstandesfrage, eine Vernunftzählung hat man ihn genannt. Die Italiener sind das Volk des Kontinents, bei dem die Politik am meisten von der kühlen Überlegung beherrscht wird, sie lassen sich ja gern die Engländer des Südens nennen. Der Dreibund gab Italien Rückhalt gegen Übergriffe Frankreichs, am stärksten aber war seine innenpolitische Wirkung. Er kräftigte die Monarchie. So hat man ihn auch in Italien, zumal die geistige Elite, soweit sie sich mit Politik abgab, aufgefaßt. Ihm brachte man den jedem Italiener unendlich schmerzlichen Verzicht auf die Volksgenossen innerhalb der österreichischen Grenzen. Wer monarchistisch war, war verstandesmäßig dreibundsfreundlich und monarchistisch war man — verstandesmäßig —, weil die Monarchie die Einheit Italiens verbürgt.

Nach der Gründung des Dreibundes gibt Frankreich sein Bestreben, die Monarchie zu untergraben und damit die Einheit zum Einsturz zu bringen, nicht auf. Es hat jetzt noch mehr Ursache, dahin zu streben, denn durch die Republik würde Italien aus dem Bündnis mit Deutschland gelöst. Crispi, Ministerpräsident, beklagt sich dem deutschen Reichskanzler Caprivi gegenüber am 10. November 1890, daß Frankreich drei Botschafter in Italien unterhalte: den ersten beim König, den zweiten beim Papst und den dritten bei der Presse. Im gleichen Monat äußert er sich zum österreichischen Botschafter über die „maßlose Agitation des republikanischen Frankreich“. Baron Blanc, nun Außenminister, spricht im Oktober 1895 zu dem deutschen Botschafter v. Bülow von der von

Paris aus geleiteten republikanischen und vatikanischen Propaganda in Italien, und schon im Juli des gleichen Jahres hatte Bülow an das Auswärtige Amt geschrieben: „... daß ... die Franzosen hier im letzten Ende den Umsturz des Bestehenden, die Auflösung des italienischen Einheitsstaates und die Föderativrepublik anstreben, ist zweifellos.“ — Bei einer Zusammenkunft mit dem Reichskanzler Bülow am 28. September 1904 jagt ihm der damalige Ministerpräsident Giolitti, Papst Leo XIII. und Rampolla hätten das Ziel verfolgt, die italienische Monarchie zu beseitigen, um eine italienische Föderativrepublik unter französischem Schutz und mit dem Papst an der Spitze herzustellen.

Wenn wir so gezeigt haben, daß nach den Ansichten der Kabinette von Rom, Berlin, Wien und Paris die Einheit Italiens von der Monarchie abhängig ist, so glauben wir, unsere Behauptung genügend gestützt zu haben.

Die radikalen Republikaner mazzinistischer Richtung starben aus, gleichzeitig aber auch die, die gegen sie gekämpft und den Wert der Monarchie für Italien kennen gelernt hatten. Die Konservativen werden immer schwächer, die politische Entwicklung geht immer mehr nach links und Frankreich, das um die Jahrhundertwende ins radikale Fahrwasser gerät, übt immer stärkeren Einfluß auf das politische Denken Italiens aus. Die Gefahr aus dem Vatikan ist nicht mehr vorhanden, aber die Konservativen sehen die Gefahr, die der Monarchie und somit dem Einheitsstaate droht. Und sie klagen, ihr Kampf sei nutzlos, denn der König selbst sei im Herzen Republikaner. Das Königtum verliert an innerer Kraft.

Es ist bekannt, wie Italien durch eine maßlose Agitation der radikalen Elemente gegen den Willen aller Konservativen und gemäßigt Liberalen (Giolitti), gegen den Willen von König und Parlament in den Krieg hineingetrieben worden ist. Genau wie die Linke dem schwachen Königtum Victor Emanuels II. 1870 mit der Revolution und dem Sturze der Dynastie droht, wenn er auf der Seite (des konservativen) Frankreichs in den Krieg ziehen würde, genau so droht dem schwachen Königtum Victor Emanuels III. die Linke 1914/15 mit der Revolution und dem Sturze der Dynastie, wenn er nicht gegen die konservativen Kaiserreiche in den Krieg ziehe. Viel verhängnisvoller als die Teilnahme am Krieg selbst mit den Menschenverlusten und der Zerrüttung der Finanzen ist u. E. für Italien die Art des Eintritts in den Krieg: die legitime Staatsgewalt unterlag der Drohung der Straße. Das Königtum rettete sich, wurde aber unendlich geschwächt. So geschwächt konnte es der Aufgaben nicht Herr werden, die die ersten Jahre nach dem Kriege an es stellten. Die Schwäche des Königtums, die Schwäche der legitimen Staatsgewalt machte einen Mussolini möglich.

Mussolini hat getan, was der König nicht konnte: er hat Italien gerettet. Aber nur für den Augenblick. Bestehen kann die heutige Ordnung auf die Dauer nicht. Schon zeigt auch der Faszismus selbst Zersetzungserscheinungen, es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang ein großer Teil der Fasziisten zu seinen sozialistisch-kommunistischen Ur-

springen zurückkehren wird. Bevor dies geschieht, bevor die Spannung im Innern übergroß wird, muß die Überleitung Italiens in gesetzmäßige Zustände erfolgen. Vielleicht versucht es Mussolini; gelingt es, dann hat er Italien zum zweiten Mal gerettet. Versucht er es nicht, dann ist die entscheidende Stunde für das Haus Savoyen gekommen. Dann ruft die höchste Königspflicht. Was Mussolini nicht will oder nicht wagt, der König muß es wagen und es kann ihm gelingen. Das ganze Ansehen des Königtums und der König selbst, der volle Einsatz!

Mißlingt es oder versagt der König, so wird die Erfahrung bald lehren, ob Italien des einigenden Bandes der Monarchie entbehren kann.

Volkskunst und Stilkunst.

Von Adolf Helbol, Innsbruck.

Man hat lange Zeit auf die Volkskunst als etwas Minderwertiges herabgeschaut und schon die Unterscheidung Stilkunst-Volkskunst, die heute gang und gäbe geworden ist, läßt erkennen, daß man in den künstlerischen Erzeugnissen des Volkes wenig Stil sieht. Und doch hat auch die Volkskunst ihren Stil.

Es darf vielleicht lehrreich sein, über das Verhältnis beider einige Betrachtungen anzustellen, zumal sich heute weite Kreise der Volkskunst, wie überhaupt dem Volkstum und den Äußerungen der Volksseele, mit wachsendem Interesse zuwenden.

Wenn man in ein Museum geht, hat man vielfach den Eindruck, daß Volkskunst etwas ist, das von oben herab befruchtet wird. Da sehen wir Bauernstuben im Stile der Renaissance, nur nicht so formstreng wie die Werke ihrer klassischen Blüte, und auch zeitlich viel jünger. Und sehen wir in die heutigen Verhältnisse, so finden wir, daß die Masse des Volkes zur modernen Kunst zunächst kein, ja ein negatives, nämlich ein abweisendes Verhältnis hat. Darum sprechen viele der Volkskunst die Eigenschaft zu, gesunkenes Kulturgut zu sein.

Sicher liegt hier eine wertvolle Beobachtung, denn immer braucht es lange Zeit, bis die Mehrzahl zu Schöpfungen der Einzelpersönlichkeit ein Verhältnis gewinnt und sicher ist erst dann ein Herabsinken einer Kunststrichtung in den Geschmack weiter Kreise möglich, wenn sie längere Zeit geherrscht hat. Es scheint hier der physikalische Vorgang eines schichtenweisen Absinkens vorzuliegen, den wir in der Natur kennen und begreifen.

Auch verstehen wir, daß bei einem solchen Vorgange eine Art Auflösung der strengen, schulgemäßen Form eintritt, im Falle der Volkskunst wollen wir aber nicht behaupten, daß dies zu Formlosigkeit führt, sondern wir können uns eher denken, daß die Art der Übernahme umgestaltet. Zunächst sehen wir nämlich, daß das Fortwirken alter erprobter handwerklicher Techniken verändernd wirkt. So hat manchen-